

Universität Stuttgart
Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung für Technik- und Umweltsoziologie
Seminar: Quantitative Forschungspraxis
Leitung: Prof. Dr. Angelika Vetter
Sommersemester 2015

Direkte Demokratie statt Vertrauen in Parteien und Politiker?

Demokratiezufriedenheit in direktdemokratischen Systemen

vorgelegt von:

*Rosa Seitz
Gnesener Straße 61
70374 Stuttgart
0173 9900909
rosa.marie.seitz@gmail.com
Matrikelnummer: 2876533
Bachelor Sozialwissenschaften
4. Fachsemester*

*Paul Bischoff
Porschestraße 16/3
70794 Filderstadt
0177 2633013
bischoff.paul@gmx.de
Matrikelnummer: 2832328
Bachelor Sozialwissenschaften
4. Fachsemester*

31.09.2015

„Anscheinend muss jede Generation den Kampf zwischen Montesquieu und Rousseau neu austragen.“

Karl Loewenstein 1975: 472

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	4
1. Einleitung	5
2. Theoretische Vorüberlegungen	6
2.1 Demokratiezufriedenheit als Dimension politischer Unterstützung.....	6
2.2 Der Einfluss direkter Demokratie auf die Demokratiezufriedenheit	8
3.3 Vertrauen und Demokratiezufriedenheit in direktdemokratischen Systemen	10
3. Empirieteil.....	13
3.1 Methoden.....	13
3.2 Ergebnisse	16
3.2.1 Mittelwertvergleiche.....	16
3.2.2 Regressionsanalysen	18
3.3 Diskussion der empirischen Ergebnisse	24
4. Zusammenfassung und Fazit.....	26
Literatur- und Quellenverzeichnis.....	29
Anhang	32

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Mittelwertvergleich Demokratiezufriedenheit nach ESS6-Ländern.... 16

Abbildung 2: Korrelation von Vertrauen in Parteien/Politiker und Demokratie-
zufriedenheit nach ESS6-Ländern (Koeffizient R; OLS Regression)..... 18

Tabelle 1: Mittelwertvergleich für die Demokratiezufriedenheit zwischen den
Vergleichs-ländern und der Schweiz (T-Test) 17

Tabelle 2: Einflussfaktoren der Demokratiezufriedenheit (OLS-Regression)..... 21

Tabelle 3: Einflussfaktoren der Demokratiezufriedenheit mit Interaktion von direkter
Demokratie und Vertrauen in Parteien/Politiker (OLS-Regression)..... 23

1. Einleitung

Auch Jahrzehnte nach dem Ausspruch des deutschen Staatsrechtlers Karl Loewenstein über den Konflikt zwischen Anhängern der direkten und der repräsentativen Demokratie gilt: Die Diskussion über die Einführung direktdemokratischer Strukturen auf Bundesebene ist keinesfalls zu einem Ende gelangt. Vielmehr ist zu erwarten, dass sie in den kommenden Jahren erneut an Fahrt aufnehmen wird. Gründe hierfür könnten unter anderem die zunehmende politische Ausgestaltung der Europäischen Integration, die Turbulenzen bezüglich der gemeinsamen Finanz- und Geldpolitik der EU sowie ein wachsendes Partizipationsbedürfnis innerhalb der Gesellschaft sein. Dabei ist zu beobachten, dass die Debatte in der Bundesrepublik in jüngerer Zeit weniger von normativen oder historisch motivierten Beiträgen gekennzeichnet ist. Stattdessen erfährt eine empirisch angelegte Betrachtungsweise über die Auswirkungen von direkter Demokratie vermehrte Aufmerksamkeit in der Forschung.

Um zum Forschungsstand zum Thema direkte Demokratie beizutragen wird in dieser Arbeit zum einen die Frage beantwortet, ob direktdemokratische Strukturen sich auf die Demokratiezufriedenheit auswirken. Insbesondere wird auch nach den Auswirkungen von Vertrauen in Parteien und Politiker auf die Demokratiezufriedenheit unter der Bedingung direktdemokratischer Strukturen gefragt.

Es wird die Hypothese zugrunde gelegt, dass direktdemokratische Strukturen einen positiven Effekt auf die Demokratiezufriedenheit haben (H1). Eine zweite Hypothese besagt, dass in direktdemokratischen Systemen der Einfluss des Vertrauens in Parteien und Politiker auf die Demokratiezufriedenheit weniger stark ausfällt als in repräsentativen Systemen (H2).

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wird vorgegangen, indem zunächst einige theoretische Vorüberlegungen zur Thematik erfolgen. Anschließend werden im Empirieteil die methodische Vorgehensweise und die Ergebnisse vorgestellt, letztere werden in Bezug auf ihre Bedeutung für die Hypothesen H1 und H2 erörtert. Daran anknüpfend werden weiterführende Implikationen der Ergebnisse diskutiert. Abschließend folgen Zusammenfassung und Fazit der Arbeit. Vorwegzunehmen ist, dass anhand der Resultate der statistischen Analyse keine der beiden Hypothesen bestätigt werden kann. Es wurden allerdings jeweils Indizien für einen Einfluss direkter Demokratie gefunden.

2. Theoretische Vorüberlegungen

In der Folge werden die zentralen Begriffe der Argumentation eingeführt. Diese sind Demokratiezufriedenheit, politische Unterstützung, Vertrauen in Parteien und Politiker sowie die direkte Demokratie. Zunächst wird hierfür Demokratiezufriedenheit in Anlehnung an David Eastons Konzept der politischen Unterstützung näher erläutert. In der Folge werden die Auswirkungen direktdemokratischer Strukturen auf die Zufriedenheit der Bürger mit dem Funktionieren von Demokratie erörtert. Anschließend wird das Zusammenwirken von politischem Vertrauen und Demokratiezufriedenheit unter den Bedingungen der direkten Demokratie behandelt. Abgeschlossen werden die beiden letzten Kapitel jeweils mit der Formulierung einer Arbeitshypothese für die folgende Analyse.

2.1 Demokratiezufriedenheit als Dimension politischer Unterstützung

Demokratiezufriedenheit ist ein schillernder Begriff in der Politikwissenschaft. Einerseits beschreibt er die Einstellungen von Bürgern gegenüber der Idee der Demokratie sowie der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung von Demokratie in einem politischen System. Andererseits wird unter Demokratiezufriedenheit auch der Grad an Zufriedenheit mit dem tatsächlichen Funktionieren von Demokratie in einem bestimmten politischen System verstanden (vgl. hierzu Pickel 2013: 161f). In beiden Lesarten beschreibt Demokratiezufriedenheit eine Orientierung von Bürgern gegenüber dem politischen System. Einmal gilt das Augenmerk einer eher diffusen Orientierung der Bürger gegenüber der Idee von Demokratie sowie der Ausgestaltung der politischen Ordnung eines Systems. In der anderen Lesart bezieht sie sich spezifisch auf die politischen Akteure.

Dies kennzeichnet Demokratiezufriedenheit als eine Komponente des Konzepts der politischen Unterstützung. Nach David Easton ist die politische Unterstützung seitens der Bürger für ein politisches System ein entscheidendes Kriterium für dessen Persistenz: „No system can persist without a minimal level of support“ (Easton 1965: 162). Politische Unterstützung ist nach David Easton eine positive oder negative Orientierung der Bürger gegenüber Orientierungsobjekten anhand bestimmter politischer Einstellungen des Subjekts (vgl. Easton 1975: 436). Er unterscheidet in der Folge zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung. Easton spricht von spezifischer Unterstützung, wenn die Objekte politischer Unterstützung identifizierbare Akteure des politischen Systems sind. Für die politische Unterstützung

ist in der Folge die Verknüpfung von politischen Akteuren mit den Output-Leistungen des politischen Systems entscheidend. Auf positiv wahrgenommenen politischen Output reagieren die Bürger mit einer steigenden politischen Unterstützung (und vice versa) für die mit diesem Output als verbunden wahrgenommene Akteure (vgl. Easton 1975: 439f). „Specific support is a response to the authorities“ (Easton 1975: 437). Diffuse Unterstützung bezeichnet Easton hingegen als eine vom politischen Output des Systems weniger beeinflussbare Einstellung. Er beschreibt diffuse Unterstützung vielmehr als eine auf Sozialisation und Lebenserfahrung aufbauende Einstellung gegenüber den grundlegenden Werten und der ideengeleiteten Legitimation des politischen Systems an sich. Wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden Formen politischer Unterstützung ist für Easton die Langlebigkeit der diffusen gegenüber der spezifischen Unterstützung. Nur über längere Zeit kumuliert würden als negativ wahrgenommene Output-Leistungen auch die diffuse Unterstützung für das politische System als solches erodieren lassen.

Eastons Konzept der politischen Unterstützung ist immer noch richtungsweisend für die Erforschung des Zusammenhangs zwischen politischer Kultur und der Stabilität eines politischen Systems. Insbesondere die Identifizierung von Objekten der politischen Unterstützung und die Unterscheidung zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung sind dabei von Interesse für die Forschung. Nach Pippa Norris sind die Bezugsobjekte: die politische Gemeinschaft, die Prinzipien des politischen Regimes, die Performanz oder Umsetzung des Regimes, die Institutionen des Regimes sowie die politischen Akteure im Alltag (vgl. Norris 1999: 10). Bettina Westle identifiziert drei Kategorien von Objekten der politischen Unterstützung: Unterstützung der politischen Gemeinschaft, der politischen Ordnung und der politischen Akteure (vgl. Westle 2009: 49).

Norris sieht im Gegensatz zu Easton das Institutionenvertrauen als eher spezifisch, da sie ein Kontinuum entlang der Objektebenen erkennt. Auch Dalton sieht das Institutionenvertrauen als evaluativ und somit spezifisch an (vgl. Dalton 1999: 58). Gegensätzlich betrachten u.a. Gabriel und Neller (vgl. 2000: 71) sowie Newton (vgl. 2005: 3) das Vertrauen in Institutionen als diffus, Gabriel bezeichnet es als „nicht explizit leistungsbezogen“ und somit von aktuellen Erfahrungen der Bürger zu trennen (Gabriel et al. 2002: 181). Es ist fraglich, inwiefern sich Parteien eher einer diffusen oder spezifischen Unterstützungsebene zuordnen lassen. Zwar sind sie Objekte einer

evaluativen Betrachtung durch die Bürger, aber gleichsam erscheinen sie als Institutionen des politischen Systems einer repräsentativen Demokratie. Politische Akteure lassen sich hingegen eindeutig der Ebene spezifischer Unterstützung zuordnen (vgl. zur Diskussion Maier 2000: 31f und 39f).

Die Beziehungen zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung sind weiterhin Gegenstand der Diskussion. Vielfach wird eine Barriere beschrieben, die einen Übertrag spezifischer Orientierungen auf die diffuse Ebene verhindere (vgl. Westle 2009: 48). Gleichwohl ist anzunehmen, dass langfristige Erfahrungen, aber auch bedeutende kurzfristige Ereignisse, etwa Korruptionsskandale, mit den politischen Akteuren (und somit den Objekten einer spezifischen Unterstützung) diese diffuse Unterstützung der politischen Ordnung und politischen Gemeinschaft beeinflussen (vgl. Fuhse 2005: 44).

Für die vorliegende Arbeit ist Demokratiezufriedenheit in erster Linie als Ausdruck für den Grad der diffusen Unterstützung für das politische System zu begreifen. Wir nehmen an, dass diese diffuse Unterstützung für das System durchaus mit den Einstellungen gegenüber Politikern und Parteien in einem Zusammenhang steht. In der Folge wird untersucht, inwiefern direktdemokratische Strukturen die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie beeinflussen. Zusätzlich wird der Blick auf die Beziehung zwischen dem Vertrauen in Parteien und Politiker und der Demokratiezufriedenheit gerichtet, insbesondere unter den Bedingungen direkter Demokratie.

2.2 Der Einfluss direkter Demokratie auf die Demokratiezufriedenheit

Die politikwissenschaftliche Diskussion bietet einige Anhaltspunkte dafür, dass direktdemokratische Strukturen Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit der Bürger besitzen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass unterschiedliche Formen von demokratischer Systemgestaltung messbare Auswirkungen auf die Einstellungen der Bürger zum jeweiligen politischen System bewirken (vgl. Ezrow und Xezonakis 2011: 1155).

So lassen sich bereits auf der Akteursebene Indizien für einen positiven Einfluss der direkten Demokratie auf Lebenszufriedenheit, soziale Integration sowie gesellschaftliches Engagement erkennen (vgl. Vatter 2007: 98f). Durch die Stärkung dieser Felder ist gleichsam eine Stärkung der diffusen Unterstützung zu erwarten (vgl.

Zmerli 2004: 244f).

Zudem scheinen direktdemokratische Strukturen die Enttäuschung unter Wählern abzufedern, wenn die Partei ihrer Präferenz bei Wahlen unterlegen ist: tatsächlich sind Wähler von unterlegenen Parteien dann zufriedener, wenn ihnen umfangreiche institutionelle Entscheidungsrechte gegeben sind (vgl. Bernauer und Vatter 2012: 456). Direktdemokratische Strukturen besitzen außerdem den Effekt, dass Bürger ein höheres externes Wirksamkeitsgefühl erleben (vgl. Bernhard und Bühlmann 2015: 95). Das heißt, dass sie stärker der Meinung sind, dass ihre Anliegen und Ordnungsvorstellungen im politischen Prozess eine Rolle spielen. In der Folge erleben sie Politiker und Parteien als responsiver (vgl. Bernhard und Bühlmann 2015: 86). Otmar Jung unterstreicht diese Auswirkungen direktdemokratischer Strukturen auf die Responsivität des politischen Establishments: er beschreibt die direkte Demokratie als mit einem kommunikativen Politikstil verbunden. Parteien wären zudem zu einer qualitativ notwendigerweise höherwertigen Politikvermittlung gezwungen. Jung betont, dass Politiker unter diesen Umständen vermehrt auf Meinung und Denken der Bürger einzugehen hätten (vgl. Jung 2005: 339). Auch Mittendorf vermutet, dass unter den Bedingungen der direkten Demokratie eine Veränderung der politischen Kommunikation stattfindet. Er unterstellt der direkten Demokratie einen höheren Anteil maßnahmenbezogener Kommunikation, die letztlich auch eine Versachlichung der politischen Auseinandersetzung bewirken könne (vgl. Mittendorf 2002: 285). Es ist anzunehmen, dass Politik den Bürgern auf diese Weise weniger als eine Auseinandersetzung verschiedener Gruppen erscheint, sondern als der Versuch einer sachbezogenen Problemlösung. Dies könnte den Eindruck verstärken, in einer funktionierenden Demokratie zu leben.

Ausgehend von diesen theoretischen Vorüberlegungen formulieren wir folgende Hypothese:

H1: Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen dem Bestehen direktdemokratischer Strukturen und der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie.

3.3 Vertrauen und Demokratiezufriedenheit in direktdemokratischen Systemen

Parteien und Politiker sind wesentliche Objekte politischer Einstellungen in modernen Demokratien. Dies hat gute Gründe: Insbesondere in repräsentativen Systemen (etwa die BRD) nehmen sie eine wesentliche Rolle im politischen Prozess ein. Parteien und Politiker prägen zudem die politische Diskussion und sind Träger von Erwartungen seitens der Bürger. In modernen Demokratien erfahren jedoch insbesondere Politiker und Parteien seit geraumer Zeit im Vergleich zu anderen Orientierungsobjekten staatlicher Ordnung (z.B. Gerichte und Polizei) nur ein geringes Maß entgegengebrachten Vertrauens (vgl. Braun 2013: 81). Dies ist insofern problematisch, als dass „political trust functions as the glue that keeps the system together and as the oil that lubricates the policy machine“ (Decker und van der Meer 2011: 95). Politisches Vertrauen lässt sich als die Erwartung eines Bürgers definieren, dass ein politischer Akteur (oder eine Partei oder eine Institution) in seinem Interesse handelt (vgl. Fatke 2013: 73f). Insofern stellen niedrige Vertrauenswerte gegenüber den maßgeblichen Vermittlungsagenten des politischen Willens, namentlich die Politiker und Parteien, ein Hindernis für eine positive Beurteilung des Funktionierens von Demokratie seitens der Bürger dar. Und ohne ein Mindestmaß an Vertrauen in diese zentralen Vermittlungsagenten wird es für den einzelnen Bürger erwartungsgemäß schwierig, sich als zufrieden mit dem politischen System zu definieren.

An diesem Punkt setzt unsere Argumentation ein, dass sich in direktdemokratischen Systemen das Vertrauen der Bürger in Parteien und Politiker weniger stark auf die Demokratiezufriedenheit auswirkt. Bezüglich der Frage nach dem Einfluss von direkter Demokratie auf das politische Vertrauen existiert noch keine breite Forschungsgrundlage. Bisherige Forschungen sind zumeist auf den US-amerikanischen Bereich beschränkt und kommen zu abweichenden Ergebnissen: entweder wurde kein Zusammenhang festgestellt, oder ein negativer Zusammenhang zwischen direktdemokratischen Strukturen und politischem Vertrauen bemerkt (vgl. hierzu Fatke 2013: 72). Fraglich ist außerdem, ob überhaupt ein Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in Parteien und Politiker als Objekten einer spezifischen Unterstützung und der Zufriedenheit mit dem Funktionieren von Demokratie besteht. Bernd Schlipphak verneint einen solchen – vielmehr sieht er Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die Regierung und das Parlament mit dem Grad von Demokratiezufriedenheit. Zudem be-

legt er Zusammenhänge zwischen der individuellen Lebenszufriedenheit und der nationalen Wirtschaftslage mit dem Grad von Demokratiezufriedenheit. Vielmehr würden diese Faktoren die individuellen Einstellungen gegenüber den nationalen politischen Akteuren prägen (vgl. Schlipphak 2012: 358). Sowohl die Argumentation als auch die methodische Vorgehensweise von Schlipphak scheinen plausibel und fundiert. Doch es gibt durchaus theoretische Argumente, die einen Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in Parteien und Politiker und der Demokratiezufriedenheit begründen. Direktdemokratische Strukturen stellen eine Möglichkeit für den Bürger dar, ohne den Umweg der Vermittlung des politischen Willens durch Politiker und Parteien aktiv am politischen Prozess teilzunehmen. Somit ist Vertrauen in die Repräsentanten keine unbedingte Notwendigkeit mehr, um mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden zu sein. Zudem sind, insbesondere in repräsentativ geprägten Systemen, die Parteien wesentliche Bezugspunkte des politischen Betriebs. In der Wahrnehmung durch die Bürger spielen sie eine herausgehobene Stellung und schaffen eine Orientierung im politischen Spektrum eines Systems. Durch eigene Parteiordnungen, internalisierte Politiküberzeugungen und die starke Stellung im Verfassungsgefüge (etwa in der BRD) ist es anzunehmen, dass sie in der Wahrnehmung der Bürger nicht nur als Repräsentanten des politischen Willens der Bevölkerung, sondern ebenso als Repräsentanten des politischen Systems gesehen werden (vgl. Holtmann 2012: 174f). Hinzu kommt, dass einzelne Politiker zumeist erst dann einen hohen Grad an Bekanntheit erreichen, wenn sie eine wichtige Rolle innerhalb einer Partei erreicht haben. Zumindest für parteienstaatlich geprägte Systeme wie die BRD erscheint es somit schwierig, politiknahe Institutionen einerseits und Parteien und Politiker andererseits in der Wahrnehmung durch den Bürger so streng zu trennen, wie es bei Schlipphak der Fall ist. Ebenso eine Rolle spielt das gesteigerte Wirksamkeitsgefühl von Bürgern unter den Bedingungen direktdemokratischer Strukturen. Zudem bedeuten direktdemokratische Verfahren eine zusätzliche Kontrolloption für die Bürger in für sie wichtigen Politikfragen. Dies alles führt dazu, dass in direktdemokratischen Systemen dem Bürger tatsächlich eine andere, gewichtigere Rolle zuteil wird als in repräsentativen Systemen. Aus dieser erhöhten Möglichkeit zur Partizipation ist abzuleiten, dass sich zumindest ein Teil der Bürger selbst als integraler Teil des politischen Systems verstehen wird, verbunden mit einer Aufwertung in der Wahrnehmung des demokratischen Prinzips (vgl. hierzu Niedermayer 2000: 35f). In der Folge erscheint es wahrscheinlich, dass ein Teil der Bürger eine stärkere positive Bindung an das jeweilige politische System

gewinnt und somit auch eine höhere Zufriedenheit mit der Demokratie empfindet, selbst wenn das Vertrauen in politische Akteure niedrig ausfällt.

Aufbauend auf diesen theoretischen Vorüberlegungen formulieren wir unsere zweite Hypothese:

H 2: In direkten Demokratien wirkt sich das Vertrauen in Parteien und Politiker weniger stark auf die Demokratiezufriedenheit aus als in repräsentativen Systemen.

3. Empirieteil

Dieses Kapitel befasst sich mit der Auswertung der empirischen Daten zur Überprüfung der Hypothesen H1 und H2. Zunächst wird auf die Datengrundlage, die verwendete Auswertungsmethode und die Operationalisierung der Variablen eingegangen. Darauf folgt die Darstellung und Beschreibung der Ergebnisse sowie eine Auseinandersetzung mit deren Bedeutung für die zugrunde gelegten Hypothesen H1 und H2. Abschließend werden die Ergebnisse auch in Bezug auf die theoretischen Vorüberlegungen diskutiert.

3.1 Methoden

Im Folgenden wird die methodische Vorgehensweise zur Überprüfung der Hypothesen beschrieben. Erst wird hierfür auf die Datengrundlage eingegangen, dann auf die Operationalisierung der abhängigen und unabhängigen Variablen sowie der Kontrollvariablen. Abschließend werden die Auswertungsmethoden vorgestellt.

Die für diese Arbeit gewählte Methode ist eine quantitative Analyse von Sekundärdaten. Quelle ist der European Social Survey 6, Edition 2.1 (ESS6) aus dem Jahr 2012. Für den ESS6 wurden insgesamt 54673 Bürger aus 29 verschiedenen Ländern befragt (Eine Tabelle mit einer Übersicht der Länder befindet sich in Anhang A1). Die Stichprobenauswahl beim ESS erfolgt randomisiert. ### vgl. ESS####

Nun wird die Operationalisierung der abhängigen und unabhängigen Variablen erläutert. Eine übersichtliche Tabelle ist in Anhang A2 zu finden. Die abhängige Variable *Demokratiezufriedenheit* wird im ESS6 direkt mit dem Item „Im Ganzen, wie zufrieden sind Sie mit dem Funktionieren der Demokratie in [Land]?“ abgefragt. Die Ausprägungen umfassen eine Skala von „0 = extrem unzufrieden“ bis „10 = extrem zufrieden“.

Für die unabhängige Variable *Vertrauen in Parteien und Politiker* wird ein additiver Index aus den Items „Vertrauen in Politiker“ und „Vertrauen in politische Parteien“ gebildet. Die Antwortmöglichkeiten gehen jeweils von „0 = überhaupt kein Vertrauen“ bis „10 = komplettes Vertrauen“. Nach der Addition wird der Index durch 2 dividiert. Die Ausprägungen werden anschließend zur erleichterten Interpretation des Interaktionseffektes in „1 = überhaupt kein Vertrauen“ bis „11 = komplettes Vertrauen“ rekodiert.

Direkte Demokratie wird dichotom operationalisiert: Lebt der Befragte in der Schweiz, erhält die Variable direkte Demokratie die Ausprägung „1 = direkte Demokratie“. Lebt der Befragte in einem der Vergleichsländer, nimmt direkte Demokratie den Wert „0 = keine direkte Demokratie“ an.

Bei der Auswahl der Vergleichsländer wurde darauf geachtet, möglichst unterschiedliche politische Gestaltungsformen mit einzubeziehen. Neben Deutschland wurden die Länder Großbritannien, Dänemark, Niederlande und Portugal ausgewählt. Mit Großbritannien wird ein stark mehrheitsdemokratisch geprägtes Land mit langer Demokratie-tradition in die Analyse aufgenommen, mit Deutschland und den Niederlanden zwei Konsensdemokratien. Dänemark wurde aufgrund des skandinavisch geprägten zentripetalistischen Systems ausgewählt. Portugal erscheint zum einen aufgrund der wirtschaftlichen Krisenlage interessant, zum anderen wegen der semipräsidentiellen Staatsform. Für die multivariate Regressionsanalyse werden Dummy-Variablen der Vergleichsländer gebildet. Diese gehen mit der Schweiz als Referenzgröße in die Analyse mit ein.

Es ist anzumerken, dass die vorgenommene Operationalisierung direkter Demokratie Nachteile mit sich bringt. In der Schweiz zu leben hat neben der direkten Demokratie vermutlich noch weitere Einflussfaktoren auf die Demokratiezufriedenheit. Es wird versucht, einige von diesen mit den Kontrollvariablen zu erfassen. Dies scheint allerdings kaum vollständig möglich, da nicht alle Faktoren bekannt oder operationalisierbar sind. Zudem ist direkte Demokratie eine Makro-Variable, welche hier als individuelles Merkmal operationalisiert wird. Ein weiterer Kritikpunkt der Operationalisierung direkter Demokratie ist die Dichotomie der Variable. Die Frage nach direkter Demokratie lässt sich in der Empirie nicht unbedingt mit Ja oder Nein beantworten. So gibt es Länder, welche hier als nicht-direktdemokratisch eingestuft werden, obwohl sie direktdemokratische Institutionen besitzen – wenn auch nicht so ausgeprägt wie in der Schweiz. Ein Beispiel ist die BRD, in welcher gerade auf der kommunalen Ebene durchaus direktdemokratische Einflussmöglichkeiten vorhanden sind.

Auch die Länderauswahl bringt mögliche Probleme mit sich. Diese ist zwar theoretisch angeleitet, aber hat dennoch willkürlich stattgefunden und repräsentiert nicht die Vielfalt an politischen Kulturen und Systemen, die in der Empirie zu finden ist. Zudem gibt es sicher, wie in der Schweiz auch, viele andere Faktoren neben dem Fehlen einer direkten Demokratie, welche die Demokratiezufriedenheit in den Vergleichsländern

beeinflussen. Gerade interessante Merkmale auf der Makro-Ebene (beispielsweise die Einkommensverteilung, soziale Ungleichheit oder eine mehrheits- bzw. konsensdemokratische Staatsform) können hier nicht mit in die Analyse eingehen, obwohl ein Zusammenhang mit der Demokratiezufriedenheit zumindest vermutet werden kann.

Als Kontrollvariablen gehen zunächst die demografischen Merkmale Alter und Geschlecht als mögliche Einflussgrößen in die Analyse mit ein. Zudem wird der Faktor Einkommen als Kontrollvariable herangezogen, da die Vermutung nahe liegt, dass ein niedriges Einkommen die Zufriedenheit mit der Demokratie negativ beeinflussen kann. Ebenso ist Bildung eine mögliche Determinante der Demokratiezufriedenheit. Ob die Erfahrung von Arbeitslosigkeit und Suche nach Arbeit über mehr als drei Monate hinweg bestand, wird ebenfalls mit aufgenommen. Diese könnte die Demokratiezufriedenheit ebenfalls negativ beeinflussen. Die allgemeine Lebenszufriedenheit und die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage im eigenen Land haben sich auch in anderen Studien als Einflussgrößen der Demokratiezufriedenheit herausgestellt (vgl. Schlipphak 2012: 357). Eine Tabelle der Kontrollvariablen mit deren Ausprägungen und weiteren Anmerkungen findet sich in Anhang A3.

Die in dieser Arbeit verwendete Auswertungsmethoden sind Mittelwertvergleiche sowie bi- und multivariate Regressionsanalysen. Die Auswertung erfolgt mithilfe des Statistik-Programms SPSS.

Zunächst erfolgt zur Überprüfung von H1 ein Vergleich der Mittelwerte für die Demokratiezufriedenheit über alle ESS6-Länder hinweg. Dann werden Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit zwischen den ausgewählten nicht direktdemokratischen Ländern und der Schweiz durch einen T-Test auf ihre Signifikanz getestet. Um die Hypothese H2 zu prüfen wird anschließend der bivariate Zusammenhang von Vertrauen in Parteien und Politiker und Demokratiezufriedenheit in allen ESS6-Ländern analysiert.

Des Weiteren wird eine multivariate Regressionsanalyse angewendet. Dies geschieht mittels Dummyvariablen für die Vergleichsländer mit Direkter Demokratie als Referenzgröße um H1 zu testen. Um Probleme der Multikollinearität zu vermeiden wird zum anderen eine separate multivariate Regression gerechnet. Dies erfolgt zur Überprüfung des vermuteten Interaktionseffekts von direkter Demokratie und dem Vertrauen in Parteien und Politiker auf die Demokratiezufriedenheit (H2).

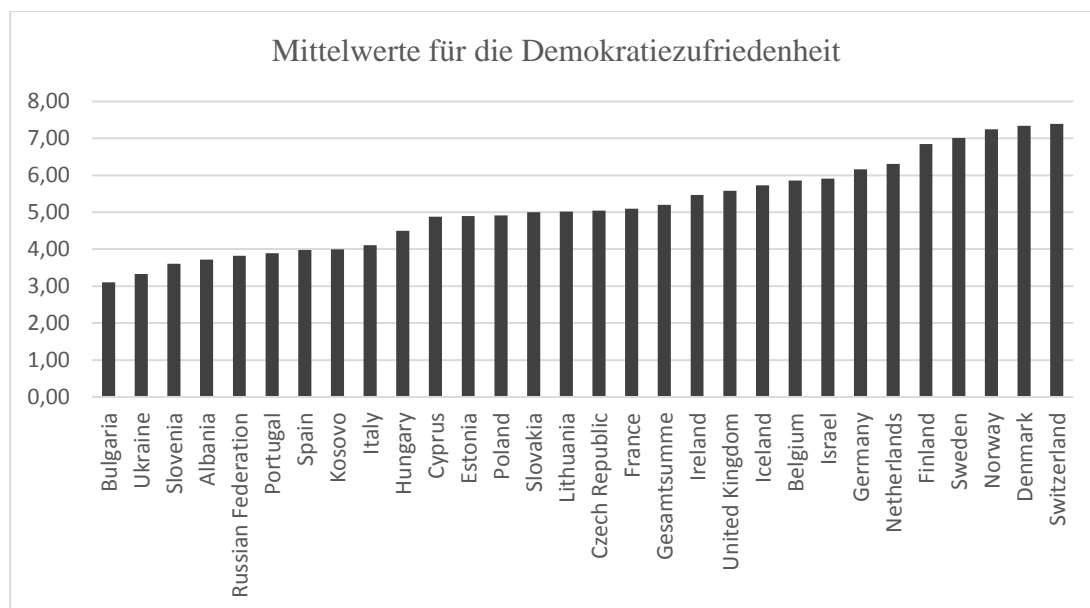
3.2 Ergebnisse

In diesem Teil der Arbeit werden die Ergebnisse der quantitativen Analyse des ESS6-Datensatzes vorgestellt und in Bezug auf ihre Bedeutung für die Hypothesen H1 und H2 erörtert. Zunächst werden die Ergebnisse der Mittelwertvergleiche vorgestellt, dann die bi- und multivariaten Regressionsanalysen.

3.2.1 Mittelwertvergleiche

Vergleicht man die Mittelwerte für die Demokratiezufriedenheit aller ESS6-Länder, liegt ein positiver Effekt der direkten Demokratie nahe: In der Schweiz sind die Befragten mit einem Durchschnitt von 7,39 am zufriedensten mit dem Funktionieren der Demokratie (siehe Abbildung 1; Für eine Tabelle der Mittelwerte mit Standardabweichung und Fallzahl siehe Anhang A4). Der Abstand zu den direkt nachfolgenden Ländern fällt jedoch nicht sehr groß aus. Abgesehen von der Schweiz ist die Demokratiezufriedenheit am höchsten in den skandinavischen Ländern Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland. Durchschnittlich am unzufriedensten mit dem Funktionieren der Demokratie sind die Bürger in Bulgarien, der Ukraine, Slowenien, Albanien und Russland.

Abbildung 1: Mittelwertvergleich Demokratiezufriedenheit nach ESS6-Ländern



Anmerkungen: Variable: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Land (0 = überhaupt nicht zufrieden; 10 = völlig zufrieden). Gewichtung nach Design-Gewicht. Zugehörige Tabelle mit Mittelwert, Standardabweichung und N in Anhang A4. Quelle: ESS6 (2012). Eigene Berechnungen.

Betrachtet man die Standardabweichungen (siehe Anhang A4) fällt auf, dass die Schweiz sowie die skandinavischen Länder in Bezug auf die Demokratiezufriedenheit in sich jeweils sehr homogen erscheinen: Die Standardabweichungen sind (gemessen am Mittelwert) in diesen Ländern am geringsten. Insgesamt erweckt die Betrachtung der Standardabweichungen den Eindruck, dass mit abnehmendem Mittelwert für die Länder tendenziell jeweils auch die innere Homogenität in Bezug auf die Demokratiezufriedenheit geringer wird.

Es gibt insgesamt also erste Indizien für einen Zusammenhang von direkter Demokratie und Demokratiezufriedenheit. Ein weiterer Anhaltspunkt ergibt sich beim Vergleich der Mittelwerte der Demokratiezufriedenheit in der Schweiz und den zusammengekommenen Vergleichsländern (siehe Tabelle 1). Der Unterschied von 1,59 ist hochsignifikant ($p < 0,001$). Auch dies spricht für einen Einfluss der direkten Demokratie auf die Demokratiezufriedenheit. Die Ergebnisse der T-Tests für die einzelnen Vergleichsländer zeigen jedoch, dass der ohnehin minimale Unterschied in der Demokratiezufriedenheit zwischen der Schweiz und Dänemark nicht signifikant ist. Für die anderen Vergleichsländer ist die Mittelwertdifferenz zur Schweiz wiederum jeweils hochsignifikant. Tendenziell ist die Demokratiezufriedenheit in der Schweiz also durchaus als tendenziell höher einzustufen.

Tabelle 1: Mittelwertvergleich für die Demokratiezufriedenheit zwischen den Vergleichsländern und der Schweiz (T-Test)

Vergleichsland	Mittelwert		Signifikanz
	Vergleichsland	Schweiz	
Dänemark	7,34	7,39	0,439
Niederlande	6,31	7,39	0,000
Deutschland	6,16	7,39	0,000
Großbritannien	5,58	7,39	0,000
Portugal	3,90	7,39	0,000
Gesamt	5,80	7,39	0,000

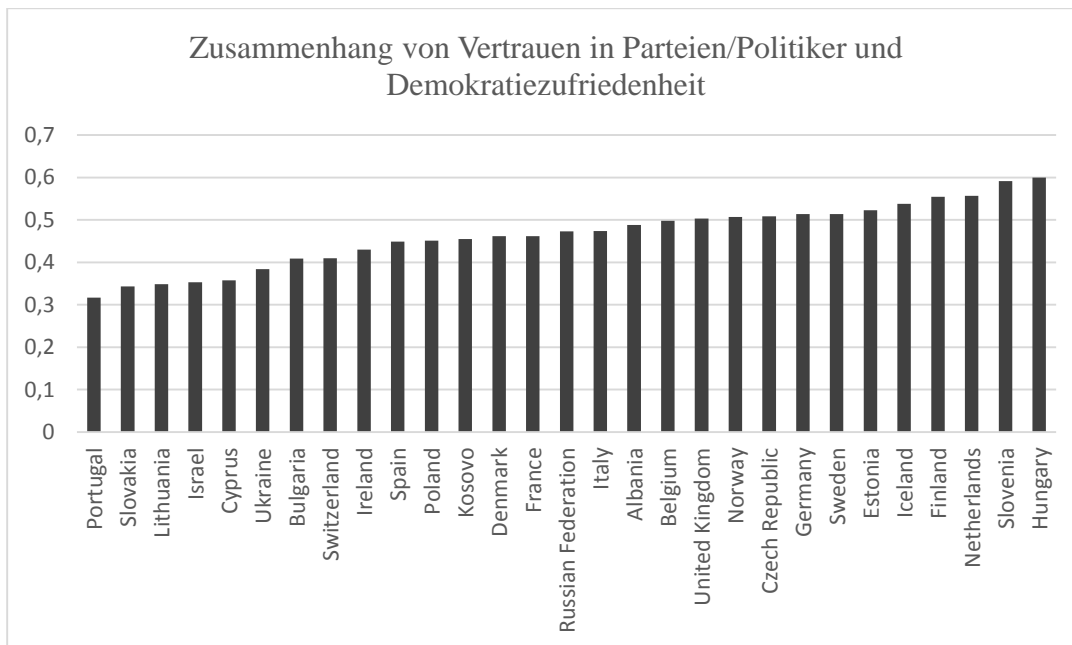
Anmerkungen: Variable: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Land (0 = überhaupt nicht zufrieden; 10 = völlig zufrieden). Gewichtung nach Design-Gewicht. Tabelle mit Mittelwert, Standardabweichung und N der Ländermittelwerte in Anhang A4. Quelle: ESS6 (2012). Eigene Berechnungen.

Die Hypothese, dass direkte Demokratie sich positiv auf die Demokratiezufriedenheit auswirkt, wird durch die Ergebnisse des Mittelwertvergleichs teilweise bestätigt. Die Schweiz hat den höchsten Mittelwert für die Demokratiezufriedenheit. Dies spricht ebenso wie die signifikanten Differenzen zu vier der fünf Vergleichsländer für einen positiven Effekt der direkten Demokratie. Der nicht signifikante und damit nicht festzustellende Unterschied zu Dänemark, einem nicht-direktdemokratischen Land, unterstützt die Hypothese H1 jedoch nicht.

3.2.2 Regressionsanalysen

Dieses Kapitel beschäftigt sich zunächst mit der bivariaten Regressionsanalyse des Einflusses von Vertrauen in Parteien/Politiker auf die Demokratiezufriedenheit (Abbildung 2). Im Anschluss werden multivariate Regressionsmodelle (siehe Tabellen 2 und 3) zur Überprüfung der Hypothesen herangezogen. Hierbei gehen auch die Kontrollvariablen in die Analyse mit ein.

Abbildung 2: Korrelation von Vertrauen in Parteien/Politiker und Demokratiezufriedenheit nach ESS6-Ländern (Koeffizient R; OLS Regression)



Anmerkungen: AV: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Land. UV: Index Vertrauen in Parteien/Politiker. Gewichtung nach Design-Gewicht. Alle Werte sind hochsignifikant ($p < 0,001$). Zugehörige Tabelle mit R, R^2 , Standardfehler und N in Anhang A5. Quelle: ESS6 (2012). Eigene Berechnungen.

Zunächst ist festzuhalten, dass hier – im Gegensatz zu Schlipphak – ein Zusammenhang zwischen Vertrauen in Parteien/Politiker und Demokratiezufriedenheit gefunden wurde. Der bivariate Zusammenhang fällt für Portugal ($R = 0,32$) am niedrigsten, für die Ukraine ($R = 0,6$) am höchsten aus. Allerdings sind die Ergebnisse (siehe Abbildung 2) nicht nach den Kontrollvariablen kontrolliert worden. Wie aus den in diesem Kapitel nachfolgenden multivariaten Regressionsanalysen hervorgeht, bleibt der Zusammenhang – zumindest für die Schweiz und die Vergleichsländer - aber auch nach Drittvariablenkontrolle signifikant bestehen (siehe Tabellen 2 und 3).

Die Ergebnisse der bivariaten Regressionsanalyse in Bezug auf die Hypothese H2, dass in direkten Demokratien der Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in Parteien/Politiker und Demokratiezufriedenheit weniger stark ist als in repräsentativen Systemen, fallen ambivalent aus. Das Korrelationsmaß R in sieben der insgesamt 29 ESS6-Ländern fällt niedriger aus als in der Schweiz (siehe Abbildung 2; Eine detailliertere Tabelle mit R , R^2 , Standardfehler und N befindet sich in Anhang A5). Anhand dieser Resultate kann die Hypothese H2 nicht bestätigt werden. Dennoch gehört der Zusammenhang in der Schweiz ($R = 0,41$) insgesamt zu den weniger starken. Dies kann zumindest als Indiz für einen Interaktionseffekt direkter Demokratie mit dem Vertrauen in Parteien und Politiker gewertet werden.

Nachfolgend werden die multivariaten Regressionsanalysen vorgestellt. Um das Problem der Multikollinearität bei den Dummyvariablen zu vermeiden, wird für die Interaktionsvariable (Direkte Demokratie multipliziert mit den Index Vertrauen in Parteien und Politiker) eine getrennte Regressionsanalyse vorgenommen. Zunächst wird aber die Hypothese H1 mithilfe von Dummyvariablen für die Vergleichsländer überprüft (siehe Tabelle 2). Es ist anzumerken, dass zusätzlich zu den in der Operationalisierung genannten Kontrollvariablen der Index für Vertrauen in Parteien und Politiker hinzugenommen wurde, da diese erst in der zweiten Analyse als Variable eigenständig und nicht nur kontrollierend von Interesse ist. Mithilfe der zweiten multivariaten Regressionsanalyse (siehe Tabelle 3) wird im Anschluss die Hypothese H2 überprüft. Hier gehen der Index für Vertrauen in Parteien und Politiker, die Dummyvariable für die direkte Demokratie (bzw. Schweiz) mit den Vergleichsländern als Referenzgröße sowie eine Interaktionsvariable in die Analyse mit ein.

Für die Hypothese H1 ergibt die multivariaten Regressionsanalyse (siehe Tabelle 2) zunächst ein ähnliches Ergebnis wie die Mittelwertvergleiche. Die Koeffizienten von vier der fünf Vergleichsländer nehmen negative, hochsignifikante Werte an. Die Ausnahme stellt, wie zu erwarten war, Dänemark dar: Der Zusammenhang ist als solcher kaum zu bezeichnen und zudem nicht signifikant (Modell 1). Erweitert man das Regressionsmodell jedoch um die Kontrollvariablen (Modell 2), hat Dänemark sogar einen positiven Koeffizienten ($\beta = 0,028^{**}$), zudem wird der Wert auf dem 99%-Niveau signifikant. Allerdings ist der Zusammenhang trotzdem extrem schwach. Für die anderen Vergleichsländer Portugal ($\beta = -0,075^{***}$), Großbritannien ($\beta = -0,061^{***}$), Deutschland ($\beta = -0,076^{***}$) und Niederlande ($\beta = -0,103^{***}$) sind die Koeffizienten auch nach Drittvariablen-Kontrolle negativ und mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 0,1% hochsignifikant. Aber auch hier fallen die Zusammenhänge sehr schwach aus.

Die Resultate der multivariaten Regressionsanalyse in Tabelle 2 lassen eine Bestätigung der Hypothese H1 nicht zu: Nach Hinzunahme der Kontrollvariablen brechen die negativen Koeffizienten in allen Vergleichsländern größtenteils ein, auch wenn sie hochsignifikant bleiben. In Dänemark nimmt der Koeffizient allerdings einen signifikanten positiven Wert an. Anhand dieser Ergebnisse kann ein positiver Zusammenhang von direkter Demokratie und Demokratiezufriedenheit allenfalls vermutet, jedoch nicht bestätigt werden.

Tabelle 2: Einflussfaktoren der Demokratiezufriedenheit (OLS-Regression)

Unabhängige Variable	Modell 1		Modell 2	
	B (SE)	Beta	B (SE)	Beta
Konstante	7,415 (0,058)		1,176 (0,127)	
Portugal	-3,539 (0,089)	-0,476***	-0,556 (0,088)	-0,075***
Großbritannien	-1,835 (0,077)	-0,312***	-0,358 (0,070)	-0,061***
Deutschland	-1,235 (0,071)	-0,246***	-0,383 (0,061)	-0,076***
Niederlande	-1,111 (0,078)	-0,184***	-0,623 (0,068)	-0,103***
Dänemark	-0,063 (0,080)	-0,010	0,176 (0,068)	0,028**
Index Vertrauen in Parteien/Politiker			0,366 (0,10)	0,355***
Geschlecht			-0,152 (0,035)	-0,034***
Alter			0,003 (0,001)	0,027***
Nettoeinkommen des Haushalts			0,022 (0,007)	0,027**
Arbeitslosigkeitserfahrung			0,059 (0,041)	0,011
Bildung			0,067 (0,003)	0,058***
Lebenszufriedenheit			0,140 (0,011)	0,121***
Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage			0,294 (0,10)	0,269***
R^2	0,202		0,458	
N	8895		8895	

Anmerkungen AV: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Land (0 = überhaupt nicht zufrieden; 10 = völlig zufrieden). Die Schweiz/direkte Demokratie ist Referenzgröße für die Dummyvariablen (Portugal, Großbritannien, Deutschland, Niederlande, Dänemark). * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$. Datenquelle: ESS6 (2012). Eigene Berechnungen.

Die zweite multivariate Regressionsanalyse (siehe Tabelle 3) ergibt einen hochsignifikanten ($p < 0,001$) negativen Effekt der Interaktionsvariable Direkte Demokratie*Vertrauen in Parteien/Politiker ($\text{Beta} = -0,097^{***}$). Das Vertrauen in Parteien und Politiker scheint sich zunächst also in der direkten Demokratie (bzw. Schweiz) tatsächlich weniger stark auf die Demokratiezufriedenheit auszuwirken als in der Referenzgröße (aggregierte Vergleichsländer), allerdings ist der Zusammenhang sehr schwach. Vergleicht man die Erklärungsleistung des Modells 1 ($R^2 = 0,447$) und des Modells 2 ($R^2 = 0,447$), stellt sich heraus, dass sich diese durch Hinzunahme der Interaktionsvariable nicht verbessert hat.

Zudem tritt in Modell 2 das Problem der Multikollinearität auf: Der Toleranzwert für die Interaktionsvariable beträgt lediglich 0,080, für die direkte Demokratie nur 0,081. Selbst ein weicher Grenzwert für die Toleranz von mindestens 0,1 wird also nicht erreicht (vgl. Urban und Mayerl 2011: 232). Urban und Mayerl empfehlen als Grenze sogar einen Wert von 0,2 bis 0,25 (vgl. Urban und Mayerl: ebenda). Ebenso verhält es sich mit dem Wert für den Varianz-Inflations-Faktor (VIF). Die weichere Grenze von 10,00 (vgl. Urban und Mayerl 2011: 232f) wird mit einem VIF-Wert der Interaktionsvariable von 12,549 und der direkten Demokratie von 12,362 überschritten. Der striktere Schwellenwert von 5,00 (vgl. Urban und Mayerl 2011: ebenda) wird weit verfehlt. Ursache für die Probleme der Multikollinearität ist die Tatsache, dass die Interaktionsvariable aus den Variablen direkte Demokratie und Vertrauen in Parteien und Politiker gebildet wurde, welche beide im Modell enthalten sind.

Die Hypothese H2 kann aufgrund der Ergebnisse der multivariaten Regressionsanalyse nicht bestätigt werden. Zwar zeigt sich ein signifikant negativer Effekt der Interaktionsvariablen auf die Demokratiezufriedenheit, die Erklärungsleistung des Modells verbessert sich durch deren Hinzunahme jedoch nicht. Zudem tritt Multikollinearität auf, die Grenzwerte werden nicht eingehalten. Auf dieser Grundlage kann H0 nicht verworfen werden.

Tabelle 3: Einflussfaktoren der Demokratiezufriedenheit mit Interaktion von direkter Demokratie und Vertrauen in Parteien/Politiker (OLS-Regression)

Unabhängige Variable	Modell 1		Modell 2	
	B (SE)	Beta	B (SE)	Beta
Konstante	1,161 (0,103)		1,137 (0,106)	
Index Vertrauen in Parteien/Politiker	0,378 (0,010)	0,368***	0,390 (0,010)	0,379***
Direkte Demokratie	0,306 (0,055)	0,046***	0,910 (0,183)	0,138***
Direkte Demokratie*Vertrauen in Parteien/Politiker			-0,099 (0,029)	-0,097***
Geschlecht	-0,162 (0,036)	-0,036***	-0,162 (0,036)	-0,036***
Alter	0,003 (0,001)	0,026**	0,003 (0,001)	0,026**
Nettoeinkommen des Haushalts	0,014 (0,007)	0,018*	0,014 (0,007)	0,017
Arbeitslosigkeitserfahrung	0,089 (0,042)	0,017*	0,087 (0,042)	0,017*
Bildung	0,080 (0,010)	0,069***	0,079 (0,010)	0,068***
Lebenszufriedenheit	0,165 (0,010)	0,142***	0,163 (0,010)	0,141***
Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage	0,252 (0,009)	0,273***	0,250 (0,009)	0,271***
R^2	0,447		0,447	
N	8895		8895	

Anmerkungen: AV: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Land (0 = überhaupt nicht zufrieden; 10 = völlig zufrieden). Referenzgröße für die Dummyvariable direkte Demokratie (Schweiz) sind die fünf Vergleichsländer (Portugal, Großbritannien, Deutschland, Niederlande, Dänemark). * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$. Datenquelle: ESS6 (2012). Eigene Berechnungen.

3.3 Diskussion der empirischen Ergebnisse

Im Folgenden werden die in Kapitel 3.2. vorgestellten Ergebnisse und deren Bedeutung für die Forschungsfragen diskutiert. Zudem werden die Resultate auch im Hinblick auf weitere Implikationen über die Forschungsfragen hinaus reflektiert. Im Anschluss wird auf die theoretischen Vorüberlegungen eingegangen.

Für die Forschungsfragen lässt sich aus den vorgestellten Ergebnissen zum einen schließen, dass nicht von einem positiven Effekt direkter Demokratie auf die Demokratiezufriedenheit ausgegangen werden kann. Zum einen besteht nicht nur in der Schweiz eine hohe Demokratiezufriedenheit: beinahe alle skandinavischen Länder weisen einen ähnlich hohen Mittelwert für Demokratiezufriedenheit auf. Für Dänemark hat die multivariate Regressionsanalyse sogar eine höhere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ergeben. Somit liegt die Vermutung nahe, dass direkte Demokratie die Demokratiezufriedenheit der Bürger möglicherweise erhöhen kann, dies aber auch für andere Staatsformen zutrifft. In dieser Studie fallen neben der direkten Demokratie die skandinavisch geprägten Länder mit einer hohen Demokratiezufriedenheit auf. Also könnte auch Zentripetalismus hier einen Effekt zu haben. Ökonomische Performanz, gesellschaftlicher Zusammenhalt in Form eines umfassenden Sozialstaats und die persönliche Zufriedenheit mit dem eigenen Leben werden hierbei aber vermutlich ebenfalls eine große Rolle spielen.

Zum anderen lässt sich aus den Ergebnissen schließen, dass sich in direkten Demokratien das Vertrauen in Parteien und Politiker nicht weniger stark auf die Demokratiezufriedenheit auswirkt als in repräsentativen Systemen. Dafür spricht zwar einerseits, dass der bivariate Zusammenhang in der Schweiz tatsächlich zu den eher geringeren gehört. Auch die multivariate Regressionsanalyse bestätigt dies: der Koeffizient der Interaktionsvariable ist signifikant. Die Hinzunahme der Variablen bewirkt andererseits keine Verbesserung der Erklärungsleistung. Da zusätzlich das Problem der Multikollinearität bei der Interaktionsvariablen und bei direkter Demokratie auftritt, kann nicht von einem Interaktionseffekt ausgegangen werden. Dennoch ist festzuhalten, dass Indizien für einen solchen gefunden wurden.

In Bezug auf das vorgestellte Konzept der politischen Unterstützung lässt sich schließen, dass ein Zusammenhang zwischen der spezifischen Unterstützung für politische

Akteure und der diffusen Unterstützung für das politische System (verstanden als Demokratiezufriedenheit) besteht: Die eher spezifische Form des Vertrauens in Parteien und Politiker hat einen signifikanten Einfluss auf die eher diffuse Demokratiezufriedenheit. Dies trifft auch unter Einbezug weiterer Variablen wie Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit der ökonomischen Lage des Landes zu. Auch Fuchs, Gabriel und Völkel argumentieren, dass spezifische Unterstützung sich langfristig in diffuse Unterstützung umwandeln kann (vgl. Fuchs et al. 2002: 433, siehe hierzu bereits Almond und Verba 1965: 285). Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse kann somit davon ausgegangen werden, dass ein dauerhafter Mangel an Vertrauen in Parteien und Politiker die Demokratiezufriedenheit senken kann. Es scheint, dass die vielgenannte Barriere zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung eine Barriere von relativer Durchlässigkeit ist. Da die Schweiz zu einem der Länder gehört, in welchen dieser Zusammenhang tendenziell weniger stark ausfällt, liegt ein Anzeichen dafür vor, dass direkte Demokratie hier eine moderierende Wirkung ausübt.

Die Länder, in welchen der Zusammenhang weniger stark ausfällt als in der Schweiz sind Portugal, die Slowakei, Litauen, Israel, Zypern, Ukraine und Bulgarien (siehe Abbildung 2). Es könnte sein, dass sich in diesen Ländern andere Einflüsse stärker auf die Demokratiezufriedenheit auswirken als das Vertrauen in Parteien und Politiker. Für Portugal, die Ukraine, Litauen oder Zypern beispielsweise könnten ökonomische Faktoren eine größere Rolle spielen.

Im Gegensatz zu Schlipphaks Ergebnissen, welche im Zuge der theoretischen Vorüberlegungen kurz vorgestellt wurden, ist in dieser Arbeit ein starker Zusammenhang von Vertrauen in politische Akteure und der Demokratiezufriedenheit gefunden worden. Dieser bleibt auch nach Kontrolle auf Drittvariablen bestehen und stellt sich sogar als der stärkste Prädiktor ($\text{Beta} = 0,355^{***}$) der Demokratiezufriedenheit heraus (siehe Tabelle 2, Modell 2). Datengrundlage sind bei Schlipphak die ESS der Jahre 2002, 2004, 2006 und 2008. Die unterschiedlichen Ergebnisse könnten zum einen daran liegen, dass Schlipphaks Analysen sich ausschließlich auf Österreich beziehen, welches im ESS6 nicht vertreten ist. Zudem wurden nur teilweise die gleichen Kontrollvariablen verwendet, wobei auch hier Variablen wie Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage und die allgemeine Lebenszufriedenheit mit aufgenommen wurden. Auch die Auswertungsmethode unterscheidet sich: Schlipphak verwendet eine ordinale logistische Regression (vgl. Schlipphak 2012: 365), während hier bi- und multivariate OLS-

Regressionen angewandt wurden. Ein Urteil über die Ursache der unterschiedlichen Ergebnisse kann somit nicht abschließend getroffen werden. Es erscheinen also weitere vertiefende Untersuchungen zur Beziehung zwischen dem Vertrauen in Parteien und Politiker und der Demokratiezufriedenheit sinnvoll.

Für die Demokratiezufriedenheit sind in dieser Arbeit neben dem Vertrauen in Parteien und Politiker die allgemeine Lebenszufriedenheit und die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage im Land relevante Einflussgrößen. Auch Schlipphak betont diesen Zusammenhang zwischen Lebenszufriedenheit, wirtschaftlicher Lage und Demokratiezufriedenheit (vgl. Schlipphak 2012: 55f).

Die allgemeine Lebenszufriedenheit wird in der Literatur mitunter als „eine übertragbare Größe für den Grad von Demokratiezufriedenheit“ bezeichnet (Huth 2004: 79). Jedoch ist Lebenszufriedenheit ein mit Vorsicht zu interpretierender Faktor. Stadelmann-Steffen bemerkt, dass Lebenszufriedenheit und Demokratiezufriedenheit zwar verwandte, aber teilweise unabhängige Aspekte individueller Zufriedenheit darstellen können (vgl. Stadelmann-Steffen 2013: 38). Gleichsam weisen Dorn et al. darauf hin, dass Lebenszufriedenheit in unterschiedlichen Sprache eine andere Bedeutung besitzen könne (vgl. Dorn et al. 2008: 242).

Dass die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage den Grad von Zufriedenheit mit der Demokratie beeinflusst, entspricht den Erkenntnissen der bisherigen Forschung (vgl. Schäfer 2013: 147). Nach Schäfer beeinflusst insbesondere das Wirtschaftswachstum die Demokratiezufriedenheit (vgl. Schäfer 2010: 150).

4. Zusammenfassung und Fazit

Die Analyse hat ergeben, dass die Hypothese H1 nicht bestätigt werden kann: Es besteht kein positiver Zusammenhang zwischen dem Bestehen direktdemokratischer Strukturen und der Demokratiezufriedenheit. Es wurden allenfalls Hinweise auf einen solchen gefunden.

Auch für die Hypothese H2 kann H0 nicht verworfen werden: Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich in direkten Demokratien das Vertrauen in Parteien und Politiker weniger stark auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie auswirkt. Dennoch ist darauf hinzuweisen, dass Indizien für einen solchen Interaktionseffekt gefunden wurden.

Ein Kritikpunkt der Analyse sind die im Methodenteil bereits erörterten methodischen Nachteile. Zum einen wurde direkte Demokratie als Individual-Variable operationalisiert. Zudem hat es gewiss noch andere Auswirkungen, in der Schweiz zu leben, als die alleinige Wirkung der direkten Demokratie. Diese können nicht alle durch die Kontrollvariablen erfasst werden. Außerdem hätte eine Variable mit mehr als zwei Ausprägungen für direkte Demokratie vermutlich genauere Ergebnisse geliefert. Weiterhin kann die hier getroffene Länderauswahl nicht als repräsentativ angesehen werden, obwohl versucht wurde, möglichst unterschiedliche politische Strukturen und Kulturen mit einzubeziehen. Insgesamt könnte eine Mehrebenenanalyse in Bezug auf die Kontextvariable direkte Demokratie vermutlich aussagekräftigere Ergebnisse erzielen, vor allem wenn weitere Variablen auf der Makro-Ebene mit einbezogen werden. Eine weitere Beschränkung der Analyse ergibt sich aus eventuellen sprachlichen Übersetzungsproblemen: die Demokratiezufriedenheit oder das Vertrauen in Parteien beziehungsweise Politiker könnte in unterschiedlichen Sprachen eine andere Bedeutung haben. Sollte dies der Fall sein, könnten die Ergebnisse dadurch verzerrt werden.

Für die Forschung zu den Auswirkungen direkter Demokratie, aber auch zur Demokratiezufriedenheit, beinhalten die Befunde dieser Arbeit mehrere interessante Aspekte. Zum einen hat sich gezeigt, dass direkte Demokratie die Demokratiezufriedenheit, wenn überhaupt, weniger beeinflusst, als ursprünglich angenommen wurde. Als ein für die Forschung in Bezug auf die Demokratiezufriedenheit relevanter Befund hat sich eine mögliche Beeinflussung dieser durch eine zentripetalistische Staatsform herausgestellt. Allerdings ist festzuhalten, dass eine solche hier nicht belegt, sondern nur vermutet werden kann. Da sich die Ergebnisse zur Beziehung von Vertrauen in politische Akteure und Demokratiezufriedenheit von anderen Studien unterscheiden, scheint es noch einen deutlichen Bedarf für weitere Forschung zu geben. Bereits die gefundene Varianz des Zusammenhangs über die ESS6-Länder hinweg gibt Anlass, nach deren Ursachen zu fragen. Die direkte Demokratie ist für sich genommen kein ausreichender Erklärungsansatz. Geht man von einer Notwendigkeit der Demokratiezufriedenheit als Dimension diffuser Unterstützung aus, erscheint es vielversprechend an dieser Stelle weitere Forschungen anzustellen, um die Ursachen der variierenden Zusammenhänge zu klären. Zudem wurden Anhaltspunkte entdeckt, die eine weitere politikwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Zusammen-

hang zwischen spezifischer Unterstützung politischer Akteure und der diffusen Unterstützung für das politische System als lohnenswert für die Forschung erscheinen lassen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Almond, Gabriel A. und Verba, Sidney (1965): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston: Brown and Company
- Bernauer, Julian und Vatter, Adrian (2012): Can't get no satisfaction with the Westminster model? Winners, losers and the effects of consensual and direct democratic institutions on satisfaction with democracy. In: *European Journal of Political Research* 51: 435–468
- Bernhard, Laurent und Bühlmann, Marc (2015): Beeinflusst die direkte Demokratie das Wirksamkeitsgefühl von BürgerInnen? In: Münch, Ursula; Hornig, Eike-Christian; Kranenpohl, Uwe (Hg.): *Direkte Demokratie. Analysen im internationalen Vergleich*. Tübingen Studien zur Politik, Band 7. Baden-Baden: Nomos, 83-97
- Braun, Daniela (2013): *Politisches Vertrauen in neuen Demokratien*. Wiesbaden: Springer VS
- Dalton, Russell J. (1999): Political Support in Advanced Industrial Democracies. In: Norris, Pippa (Hg.): *Critical Citizens. A Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press, 57-77
- Decker, Paul und van der Meer, Tom (2011): Trustworthy states, Trusting citizens. A Multilevel Study into Objective and Subjective Determinants of political Trust. In: Hoohe, Marc und Zmerli, Sonja (Hg.): *Political Trust, Why Context Matters*. Colchester: ECPR Press, 95-116
- Dorn, David; Fischer, Justina A.V.; Kirchgäßner, Gebhard; Souza-Poza, Alfonso (2008): Direct democracy and life satisfaction revisited: new evidence for Switzerland. Research paper, in: *Journal of Happiness Studies* 01/2008, 227-255
- Ezrow, Lawrence und Xezonakis, Georgios (2011): Citizen Satisfaction with Democracy and Parties' Policy Offerings: A Cross-National Analysis of Twelve European Party Systems, 1976-2003. In: *Comparative Political Studies*, 44(9), 1152-1178
- ESS6 2012: European Social Survey. Welle 6. Edition 2.1. In: <http://www.europeansocialsurvey.org/data/download.html?r=6>. Abgerufen am 01.09.2015
- ESS6 Anhang A7 2012: European Social Survey. Appendix A7: VARIABLES AND QUESTIONS, ESS6-2012 ed. 2.1. In: http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round6/survey/ESS6_appendix_a7_e02_1.pdf. Abgerufen am 05.09.2015
- Fatke, Martin (2013): *The Political Sociology of Direct Democracy. Four Essays on political behavior and attitudes in the Swiss cantons*. Inauguraldissertation: Universität Bern. Abgerufen am 21.9.2015, unter: www.zb.unibe.ch/download/eldiss/14fatke_m.pdf

- Fuchs, Dieter; Gabriel, Oscar W.; Völkl, Kerstin (2002): Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, 4, 427-450
- Fuhse, Jan (2005): Theorien des politischen Systems. David Easton und Niklas Luhmann. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS
- Gabriel, Oscar W.; Kunz, Volker; Roßteutscher, Sigrid; van Deth, Jan W. (2002): Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im internationalen Vergleich. Wien: WUV-Universitätsverlag
- Gabriel, Oscar W./Neller, Katja (2000): Stabilität und Wandel politischer Unterstützung im vereinigten Deutschland. In: Esser, Hartmut (Hrsg.): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 67-90
- Holtmann, Everhard (2012): Der Parteienstaat in Deutschland. Erklärungen, Entwicklungen, Erscheinungsbilder. In: BpB (Hg.): Schriftenreihe Band 1289. Leck: CPI Books
- Huth, Iris (2004): Politische Verdrossenheit. Erscheinungsformen und Ursachen als Herausforderungen für das politische System und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert. Münster: LIT Verlag
- Jung, Otmar (2007): Grundsatzfragen der direkten Demokratie. In: Kost, Andreas (Hg.): Direkte Demokratie in den deutschen Ländern. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, 312-366
- Loewenstein, Karl (1975): Verfassungslehre (1959). 3. Auflage. Tübingen: C. B. Mohr
- Maier, Jürgen (2000): Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen. Forschung Politikwissenschaft, Vol. 82. Wiesbaden: Springer VS
- Mittendorf, Volker (2002): Qualitative Unterschiede in der Wahl- und Abstimmungskampfkommunikation. In: Schiller, Theo und Mittendorf, Volker (Hg.): Direkte Demokratie. Forschung und Perspektiven. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 276-287
- Newton, Kenneth (1999): Social and Political Trust in Established Democracies. In: Norris, Pippa (Hg.): Critical Citizens. A Global Support for Democratic Government. Oxford: Oxford University Press, 169-187
- Niedermayer, Oskar (2002): Aktivisten als Träger des demokratischen Credos? Zum Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und der Unterstützung demokratischer Prinzipien im vereinigten Deutschland. In: Niedermayer, Oskar; Westle, Bettina (Hg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden: Springer VS, 34-45
- Pickel, Susanne (2013): Wann fühlen sich die Bürger gut regiert? In: Grunden, Timo und Korte, Karl-Rudolf (Hg.): Politische Kultur, Systemvertrauen und Demokratiezufriedenheit. Wiesbaden: Springer VS, 161-174

- Schäfer, Armin (2013): Affluence, Inequality, and Satisfaction with Democracy. In: Gabriel, O. und Keil, S. (Hg.): *Society and Democracy in Europe*. Routledge: Milton Park, 139-161
- Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: *ZfVP*, 4, 131–156
- Schlipphak, Bernd (2012): Verdrossen über PolitikerInnen und die Demokratie? Der Effekt des Vertrauens in PolitikerInnen auf die individuelle Demokratiezufriedenheit in Österreich. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 41, 4, 345-361
- Stadelmann-Steffen, Isabelle (2013): Macht direkte Demokratie wirklich glücklich? In: *Uni Press – das Wissenschaftsmagazin der Universität Bern*, 15, Meinungsbeitrag. Bern: Stämpfli AG
- Urban, Dieter und Mayerl, Jochen (2011): *Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Anwendung*, 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag
- Vatter, Adrian (2007): Direkte Demokratie in der Schweiz: Entwicklungen, Debatten und Wirkungen. In: Freitag, Markus und Wagschal, Uwe (Hg.): *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*. Berlin: LIT Verlag Dr. W. Hopf, 71-114
- Westle, Bettina (2009). Weiterentwicklungen des Konzepts der Politischen Kultur in der empirischen Sozialforschung. In: Westle, Bettina und Gabriel, Oscar W. (Hg.): *Politische Kultur*. Baden-Baden: Nomos, 40–55
- Zmerli, Sonja (2004): Politisches Vertrauen und Unterstützung. In: van Deth, Jan W. (Hg.): *Deutschland in Europa*. 2004. Wiesbaden: Springer VS, 229-255

Anhang

Angang A1: Die ESS6-Länder

Land	Häufigkeit	Prozent
Albania	1201	2,2
Belgium	1869	3,4
Bulgaria	2260	4,1
Switzerland	1493	2,7
Cyprus	1116	2,0
Czech Republic	2009	3,7
Germany	2958	5,4
Denmark	1650	3,0
Estonia	2380	4,4
Spain	1889	3,5
Finland	2197	4,0
France	1968	3,6
United Kingdom	2286	4,2
Hungary	2014	3,7
Ireland	2628	4,8
Israel	2508	4,6
Iceland	752	1,4
Italy	960	1,8
Lithuania	2109	3,9
Netherlands	1845	3,4
Norway	1624	3,0
Poland	1898	3,5
Portugal	2151	3,9
Russian Federation	2484	4,5
Sweden	1847	3,4
Slovenia	1257	2,3
Slovakia	1847	3,4
Ukraine	2178	4,0
Kosovo	1295	2,4
Gesamtsumme	54673	100,0

Anmerkungen: Quelle: ESS6 (2012). Eigene Berechnungen.

Anhang A2: Operationalisierung der abhängigen und unabhängigen Variablen

Variable	Ausprägungen	Quelle/Anmerkungen
Demokratiezufriedenheit	0 = Extrem unzufrieden bis 10 = Extrem zufrieden	Variablenname im ESS6: stflife (Item B 23)
Index Vertrauen in Parteien/Politiker	1 = Überhaupt kein Vertrauen bis 11 = Komplettes Vertrauen	Ursprungsvariable im ESS6: trstplt (Item B 5), trstprt (Item B6) Additive Indexbildung aus den Variablen trstplt und trstprt. Rekodierung zur erleichterten Interpretation des Interaktionseffektes.
Direkte Demokratie	0 = keine direkte Demokratie 1 = direkte Demokratie	Ursprungsvariable im ESS6: cntry Wenn das Land des Befragten die Schweiz ist, nimmt direkte Demokratie die Ausprägung „1“ an. Für jedes andere Land nimmt sie die Ausprägung „0“ an.

Anmerkungen: Für die Items mit den vollständigen Fragetexten vgl. ESS6 Anhang A7 2012.

Anhang A3: Operationalisierung der Kontrollvariablen

Variable	Ausprägungen	Quelle/Anmerkungen
Alter		Variablenname im ESS6: agea (Item F 3 1b)
Geschlecht	0 = Männlich 1 = Weiblich	Ursprungsvariable im ESS6: gndr (Item F 2 1) Die Ursprungsvariable wurde re- kodiert, um die Interpretation zu erleichtern.
Einkommen	1 = 1st decile bis 10 = 10th decile	Variablenname im ESS6: hinctnta (Item F 41)
Bildung	1 = ES-ISCED I , less than lower secondary 2 = ES-ISCED II, lower secondary 3 = ES-ISCED IIIb, lower tier upper secondary 4 = ES-ISCED IIIa, upper tier upper secondary 5 = SCED IV, advanced vocational, sub-degree 6 = ES-ISCED V1, lower tertiary education, BA level 7 = ES-ISCED V2, higher tertiary education, >= MA level	Ursprungsvariable im ESS6: eisced (Item F 15 a) Um die Variable metrisch interpre- tieren zu können wurden die Kate- gorien „0 = Not possible to harmonise into ES-ISCED“ und „55 = Other“ als Missing Values definiert.
Arbeitslosigkeit	1 = Arbeitslosigkeit 0 = Keine Arbeitslosigkeit	Ursprungsvariable im ESS6: uemp3m (Item F 36) Die Ursprungsvariable wurde re- kodiert, um die Interpretation zu erleichtern.
Lebenszufrie- denheit	0 = Extrem unzufrieden bis 10 = Extrem zufrieden	Variablenname im ESS6: stflife (Item B 20)
Zufriedenheit mit der wirt- schaftlichen Lage	0 = Extrem unzufrieden bis 10 = Extrem zufrieden	Variablenname im ESS6: stfeco (Item B21)

Anmerkungen: Für die Items mit den vollständigen Fragetexten vgl. ESS6 Anhang A7 2012.

Anhang A4: Mittelwertvergleich Demokratiezufriedenheit nach ESS6-Ländern

Land	Mittelwert	Standardabweichung	N
Bulgaria	3,10	2,157	2146
Ukraine	3,33	2,311	1980
Slovenia	3,61	2,334	1210
Albania	3,72	2,981	1176
Russian Federation	3,82	2,303	2274
Portugal	3,90	2,354	2094
Spain	3,98	2,494	1834
Kosovo	4,00	2,537	1213
Italy	4,11	2,319	938
Hungary	4,50	2,490	1905
Cyprus	4,88	2,716	1091
Estonia	4,89	2,296	2260
Poland	4,91	2,341	1798
Slovakia	5,00	2,324	1825
Lithuania	5,02	2,180	2010
Czech Republic	5,04	2,501	1949
France	5,10	2,341	1940
Ireland	5,47	2,519	2511
United Kingdom	5,58	2,257	2120
Iceland	5,73	2,173	726
Belgium	5,86	1,938	1854
Israel	5,91	2,373	2441
Germany	6,16	2,118	2920
Netherlands	6,31	1,675	1810
Finland	6,85	1,721	2146
Sweden	7,01	1,899	1812
Norway	7,24	1,675	1610
Denmark	7,34	1,908	1616
Switzerland	7,39	1,653	1464
Gesamtsumme	5,20	2,553	52675

Anmerkungen: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Land. Gewichtung nach Design-Gewicht. Quelle: ESS6 (2012). Eigene Berechnungen.

Anhang A5: Korrelation von Vertrauen in Parteien/Politiker und Demokratie-zufriedenheit nach ESS6-Ländern (Koeffizient R; OLS-Regression)

Land	R	R-Quadrat	Standardfehler der Schätzung
Portugal	0,317	0,101	2,233
Slovakia	0,343	0,117	2,180
Lithuania	0,349	0,122	2,045
Israel	0,353	0,125	2,231
Cyprus	0,358	0,128	2,532
Ukraine	0,384	0,148	2,114
Bulgaria	0,409	0,167	1,964
Switzerland	0,41	0,168	1,510
Ireland	0,43	0,185	2,277
Spain	0,449	0,201	2,228
Poland	0,451	0,203	2,087
Kosovo	0,455	0,207	2,266
Denmark	0,462	0,213	1,681
France	0,462	0,213	2,080
Russian Federation	0,473	0,224	2,032
Italy	0,474	0,225	2,043
Albania	0,488	0,238	2,602
Belgium	0,498	0,248	1,678
United Kingdom	0,503	0,253	1,946
Norway	0,507	0,257	1,445
Czech Republic	0,509	0,259	2,142
Germany	0,514	0,264	1,812
Sweden	0,514	0,264	1,628
Estonia	0,523	0,273	1,944
Iceland	0,538	0,289	1,833
Finland	0,555	0,308	1,428
Netherlands	0,557	0,310	1,388
Slovenia	0,592	0,350	1,865
Hungary	0,6	0,360	1,983

Anmerkungen: AV: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Land. UV: Index Vertrauen in Parteien und Politiker. Gewichtung nach Design-Gewicht. Alle Werte sind hochsignifikant ($p < 0,001$). Quelle: ESS6 (2012). Eigene Berechnungen.